

Keine Technoparks

Ökosteuer ja. Doch wohin mit dem Geld? Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) geht die Debatte kontrovers an.

Energie soll durch Lenkungsabgaben verteuert werden, darin sind sich die Umweltverbände einig. Uneinig ist man sich aber bezüglich der Frage, wie die einkassierten Gelder eingesetzt werden sollen. Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) widmet dieser Debatte unter dem Titel „Wege zur nachhaltigen Energieversorgung“ einen höchst interessanten Report. Pierre Fornallaz, emeritierter ETH-Professor, Mitbegründer des Ökozentrums Langenbruck sowie erster Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Sonnenenergie, und Hans Christoph Binswanger, emeritierter Volkswirtschaftsprofessor der Hochschule St. Gallen und bekannt als „Vater der Ökosteuer“, legen ihre unterschiedlichen Positionen dar: Der eine möchte, dass der Staat die Alternativenenergien gezielt fördert, der andere wehrt sich gegen die Subventionierung jeglicher Energien. Fornallaz' Argumentation klingt überzeugend, wenn auch nicht ganz neu: Er plädiert für eine „solare Kultur der Nachhaltigkeit“, in der alle erneuerbaren Energien (Wind, Wasser, Biogas etc.) möglichst dezentral genutzt werden.

Gefährliche Illusion

Binswanger widerspricht Fornallaz zwar nicht grundsätzlich, doch macht er einige kritische Anmerkungen zur allzu euphorischen Förderung von Alternativenenergien. Denn nicht jede erneuerbare Energie sei nachhaltig, argumentiert er. „Ein Beispiel dafür ist die Windenergie, welche die vielgestaltige Landschaft in monotone Technoparks verwandelt, wie es in Deutschland zu sehen ist, wobei jede einzelne Anlage wegen der geringen Winddichte nur einen minimalen Beitrag zur Energieversorgung leistet. Die Solar-Strategie werde zwar oft als Königsweg in die nachhaltige Zukunft propagiert: „Dies ist aber eine gefährliche Illusion, denn sie übersieht die nachhaltigen Schäden, die mit der Sonnenenergie beziehungsweise den erneuerbaren Energien verbunden sein können, wenn man glaubt, ihre Nutzung sei so steigerungsfähig, dass sie die nicht erneuerbaren Energien ohne eine radikale Reduktion des Verbrauchs schrittweise substituieren kann.“ Es sei auch falsch, einfach von Sonnenenergie zu sprechen, „die richtige Bezeichnung ist vielmehr Sonnen-Boden-Energie“. Dabei gelte: „Die Sonneneinstrahlung ist reichlich, aber der Boden beziehungsweise der Raum ist knapp.“ Binswanger verlangt deshalb, dass eine Ökoabgabe auf alle Energieträger erhoben wird und die daraus erzielten Erträge vollumfänglich für die Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt werden.

2000-Watt-Mensch

Eine nachhaltige Energiepolitik sei, so Binswanger, zudem nur zu gewährleisten, wenn der weltweite Energieverbrauch jährlich um 0,1 Prozent sinke, dann würden auch die fossilen Ressourcen nie zu Ende gehen, rechnet er vor; allerdings „müssen die Industrieländer ihren Energieverbrauch stärker drosseln, um der Dritten Welt einen noch etwas steigenden Verbrauch zu ermöglichen, ohne das Gesamtziel zu verfehlen“.

Das geht Fornallaz jedoch zu wenig schnell. Er wehrt sich zwar wie Binswanger dagegen, dass das Land mit neuen Grossanlagen verschandelt wird, doch braucht es seiner Meinung nach dringend den 2000-Watt-Menschen: „Wir beanspruchen jetzt knapp 6000 Watt, also dreimal zu viel. Durch effiziente Nutzung müssen wir unseren Bedarf auf 2000 Watt vermindern.“ Drei Viertel dieser 2000 Watt müssten, so Fornallaz, mit Sonnenenergie gedeckt werden, damit die CO₂-Belastung nicht weiter ansteige; er definiert den Begriff Sonnenenergie jedoch sehr weit und zählt auch Wasser- oder Windkraft – als Produkt der Sonneneinstrahlung dazu.

Die Auseinandersetzung zwischen Binswanger und Fornallaz liest sich höchst anregend, weil die beiden ausserhalb der üblichen Lobbys diskutieren, welche sich von der neuen Energieabgabe vor allem neue Subventionen erhoffen, wie zum Beispiel die Bergkantone für die Wasserkraft.

SES-Report 16: „Wege zur Nachhaltigen Energieversorgung“. Zu beziehen bei: Schweizerische Energie-Stiftung, Sihlquai 67, 8005 Zürich. 17 Franken.

Susan Boos.

WOZ. 15.7.1999.

WOZ > Energieversorgung. 15.7.1999.doc.